



LANDKREIS
ERDING

PROTOKOLL

öffentlich

Büro des Landrats
BL

Alois-Schieß-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129
Fax 08122/58-1109
elfriede.mayer@lra-
ed.de

Erding, 11.12.2008
Az.:

3. Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie am 17.11.2008

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Bauschmid, Friedrich

i.V.v. Schwimmer Johann

Biller, Josef

i.V.v. Vogl Willi

Haindl, Sebastian

Hofstetter, Franz Josef

Jobst, Karl Heinz

Kuhn, Günther

Rübensaal, Siegfried

Steinberger, Friedrich

Utz, Peter

Ways, Rudolf

Wiesmaier, Hans

sowie als Vorsitzender:

Bayerstorfer, Martin

von der Verwaltung:

Pelger Caroline

Fischer Heinz

Eixenberger Anton

Helfer Helmut

Graßl Reiner

Unterreitmeier Johann

Gebel Hans-Peter

Mayer Elfriede (Protokoll)
Centner Christina



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Ferner nehmen teil:

Schulleiter Dr. Bendl und die stellv. Schulleiterin Frau Hafner vom neuen
Gymnasium Erding zu TOP 1

Herr Kerfers vom Planungsbüro Lex-Kerfers zu TOP 1

Herr Stephan und Herr Dirscherl vom Landratsamt Ebersberg (TOP 2)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr. Er stellt fest, dass
form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht.
Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit
gilt folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil:

1. Schulen des Landkreises - Gymnasium an der Sigwolfstraße
Umgestaltung des Themenhof "Stein"
Vorlage: 2008/0426
2. Haushaltsberatung 2009
Bauunterhalt und Hochbaumaßnahmen
Vorlage: 2008/0425
3. Bekanntgaben und Anfragen
- 3.1 Photovoltaikanlagen - zur Anfrage von Kreisrat Kuhn

I. Öffentlicher Teil der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie am 17.11.2008



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende begrüßt die Ausschussmitglieder in der Herzog-Tassilo-Realschule, weil im nichtöffentlichen Teil eine Besichtigung vor Ort vorgenommen werden solle. Er begrüßt den Schulleiter Dr. Bendl, seine Stellvertreterin Frau Hafner und Herrn Kerfers.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt **Kreisrat Kuhn** den Antrag, die im nichtöffentlichen Teil aufgeführten Tagesordnungspunkte 4 und 5 „Schulen des Landkreises – Externe Evaluation“ und „Externe Evaluation an der Herzog-Tassilo-Realschule“ öffentlich zu behandeln.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Evaluationsbericht nichtöffentlich sei. Die Verwaltung habe extra wegen der Behandlungen öffentlich oder nichtöffentlich beim Ministerialbeauftragten angefragt. Die Auskunft sei gewesen, dass der Evaluationsbericht nichtöffentlich sei.

Kreisrat Kuhn fragt, ob der Evaluationsbericht generell nichtöffentlich sei oder nur Teile davon.

Herr Fischer antwortet, der Evaluationsbericht sei intern für die Schulen gedacht. Es könnten später Ergebnisse nach außen gegeben werden. Er würde eine Aufteilung nicht empfehlen.

Kreisrat Kuhn denkt, in dem Bereich, wo es um das Verhältnis zum Sachaufwandsträger gehe, sei ihm die nichtöffentliche Behandlung nicht einleuchtend. Es gehe um Fakten, die die Öffentlichkeit interessieren.

Kreisrat Ways fragt, ob die Tagesordnungspunkte 4 und 5 auch Auswirkungen auf den Tagesordnungspunkt 2 „Haushaltsberatung“ haben.

Der Vorsitzende antwortet, indirekt könnten Maßnahmen den Haushalt betreffen, z.B. Unterhaltsmaßnahmen an Schulen, die jedoch bereits im Haushaltsentwurf berücksichtigt worden sind.

Über den Antrag von Kreisrat Kuhn sei in nichtöffentlicher Sitzung zu entscheiden. Er bittet die Vertreter der Presse, Herrn Dr. Bendl, Frau Hafner, und Herrn Kerfers, den Sitzungsraum zu verlassen.

Anschließend fragt **der Vorsitzende**, ob eine öffentliche oder nichtöffentliche Beratung gewünscht werde.

Kreisrat Kuhn merkt nochmals an, der Evaluationsbericht sei in dem Bereich, in dem es um Kollegen an der Schule gehe, nichtöffentlich zu beraten. Der Teil, in dem es um den Sachaufwand an den Schulen gehe, sollte öffentlich beraten werden.

Der Vorsitzende antwortet, Tatsache sei, dass der Evaluationsbericht nicht von der Verwaltung erstellt, sondern nur mit dem Hinweis „den Bericht nur intern zu verwenden“ zur Verfügung gestellt worden sei. Er

geht davon aus, dass es nicht in der Hoheit des Landkreises liege, darüber zu entscheiden.



Kreisrat Rübensaal denkt, das Problem werden die Schnittstellen des Berichtes sein.

LANDKREIS
ERDING

Herr Fischer merkt an, der Bericht sei ihm als „Vertraulich“ zur Verfügung gestellt worden. Heute werden der Ministerialbeauftragte für die Realschulen Oberbayern-Ost und ein Vertreter des Evaluationsteams zur Sitzung kommen.

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende schlägt vor, den Ministerialbeauftragten dann zu fragen, ob der Bericht öffentlich beraten werden könne.

Kreisrat Rübensaal denkt, wenn der Evaluationsbericht „Vertraulich“ und nicht an den Landkreis gerichtet worden sei, habe der Ausschuss kein Recht, den Bericht öffentlich zu beraten.

Kreisrat Hofstetter meint, es könnten nur bauliche Dinge öffentlich beraten werden. Dabei stelle sich die Frage, ob in der Kürze der Zeit eine Trennung des Berichtes möglich sei. Zudem sei eine öffentliche Beratung nicht notwendig, wenn bereits im Haushalt Maßnahmen eingearbeitet worden seien. Er plädiert für eine nichtöffentliche Beratung des Evaluationsberichtes.

Der Vorsitzende macht den Vorschlag, zu Beginn des nichtöffentlichen Teils der Sitzung bestimmte Maßnahmen zu besichtigen.

Kreisrat Hofstetter fragt, welchen Teil des Evaluationsberichtes den Ausschuss für Bauen und Energie betreffe.

Herr Graßl antwortet, an der Herzog-Tassilo-Realschule werden Vorhänge, Sanitäreinrichtungen im Schulgebäude, Fachräume und Physikfachräume, und der Chemiebereich angesprochen.

Der Vorsitzende ergänzt, bei den weiteren landkreiseigenen Schulen seien fast keine baulichen Dinge festgestellt worden. Dagegen seien viele Dinge an der Herzog-Tassilo-Realschule festgestellt worden, die angeblich nicht passen. Deshalb sei die Sitzung auch hier geplant worden, damit die Ausschussmitglieder sehen, was angeblich in einem unhaltbaren Zustand sei. Die notwendigen Maßnahmen aus Sicht der Verwaltung seien bereits im Haushalt 2009 eingeplant worden.

Kreisrat Biller merkt an, er habe den Bericht über die FOS/BOS und die Berufsschule gelesen, es beziehen sich wenige Dinge auf den Sachaufwand. Was die Schulqualität, die Leistung der Lehrer, den Schulleiter betreffe, sei intern zu behandeln. Bei der Herzog-Tassilo-Realschule seien aber überwiegend Dinge aufgeführt, die den Sachaufwandsträger betreffen. Er denkt, Sinn und Zweck der Feststellungen sei, dass der Sachaufwandsträger auf die festgestellten Dinge reagiere.



Der Vorsitzende sagt, er würde den Evaluationsbericht gerne öffentlich beraten und auch die Namen der Mitglieder des Evaluationsteams nennen. Doch die seien nicht mitgeteilt worden.

Kreisrat Haindl denkt, der Evaluationsbericht müsse nichtöffentlich behandelt werden, weil er dem Landkreis explizit als vertrauliche Sache übergeben worden sei.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Beratung fortzusetzen, wenn der Vertreter des Ministerialbeauftragten anwesend sei.

Damit besteht allgemein Einverständnis.

1. Schulen des Landkreises - Gymnasium an der Sigwolfstraße Umgestaltung des Themenhof "Stein" Vorlage: 2008/0426

Nach Herstellung der Öffentlichkeit um 15.20 Uhr merkt **der Vorsitzende** zur versandten Vorlage an, in der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie am 24.09.2008 sei der Themenhof „Stein“ besichtigt worden. Die Ausschusmitglieder haben sich darauf geeinigt, dass Herr Kerfers eine Variante mit Pflaster und die Kosten erarbeiten solle. Eine Umplanung wäre mit verschiedenen Varianten (Pflaster oder Begrünung in den verschiedensten Ausführungen) möglich.

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Kerfers und bittet ihn um Vorstellung der Vorschläge. Er bittet auch die Schulleitung, ihre Meinung zu den Vorschlägen zu sagen.

Herr Kerfers erklärt, der Auftrag sei gewesen, drei Vorschläge für die Umgestaltung des Themenhofes „Stein“ auszuarbeiten mit Splitt oder Sand, Betonpflaster oder Natursteinpflaster. Eine zusätzliche Vorgabe war, zu überlegen, ein Schachspiel mit zusätzlicher Sitzmöglichkeit in den Steinhof zu integrieren oder ein Pflaster in verschiedenen Formen und Farben zu verlegen, um einen zusätzlichen Lerneffekt zu erzielen.

Wichtig dabei sei, das ursprüngliche Konzept für den Themenhof „Stein“, herzustellen. In den vorliegenden Entwürfen sei versucht worden, durch einen Hell-/Dunkelkontrast der Materialien dies zu erreichen.

Zur Variante 1 a merkt Herr Kerfers an, dass entweder Sand oder Splitt in zwei verschiedenen Farben anlog zu der da gewesenen Rollkieslösung genommen werden könnte. Die Variante wäre mit 8.000 € die kostengünstigste Lösung.

Dieser Variante habe er die Variante 1 b hinzugefügt. Das Ganze in der gleichen Optik, jedoch durch einen entsprechenden Unterbau besser begehbar und mit einer wassergebundenen zweifarbigen Decke mit Kosten von 12.000 €.



Mit der Variante 2 – Betonpflaster könnte die Erhaltung des Grundgedankens der Planung mit einem zweifarbigen, im Großteil der Fläche mit einem hellen und dunklen Betonpflaster, in einem gleichen Format, sein. Die Variante würde aufgrund des deutlich höheren Materials 33.000 € kosten.

Bei Variante 3 a - Natursteinpflaster sei gedacht, die Grundfläche mit ca. 420 qm in hellen und dunklen Granitpflaster oder Basaltpflaster (ohne Schnitt gepflastert) zu verlegen, um entsprechend einen Übergang von hell zu dunkel zu haben. Das Mischpflaster aus verschiedenen Materialien, Farben und Größen würde in einem ca. 50 cm tiefer gelegten Kern, verlegt. Dort wäre auch das Schachspiel, bestehend aus schwarzen und weißen, möglichst glatten Betonplatten integriert, damit die Figuren gut rutschen. Die Figuren würden in einem Behälter untergebracht, der gleichzeitig als Sitzmöglichkeit ausgeführt würde. Mit dieser Gestaltung wäre auch eine stärkere Nutzung des Kerns des Themenhofes möglich. Es könnte auch eine zusätzliche Stufe in den vertieften Bereich vorgesehen werden. Die Kosten würden ca. 60.000 € betragen, deutlich teurer als Betonpflaster, weil das Material und auch das Verlegen des Natursteinpflasters teurer sei.

Büro des Landrats
BL

Bei Variante 3 b würde Mischpflaster aus Naturstein auf der große Fläche und das einfache Granitgraupflaster im Kern verlegt. Die Kosten würden 70.000 € betragen.

Herr Kerfers merkt an, die Varianten 1 a und 1 b seien die günstigeren Varianten. Diese haben auch Nachteile, weil Sand und Splitt über die Schuhsohlen im Hof selber und in die angrenzenden Flure getragen werde. Dies führe zu einem erheblich erhöhten Pflegeaufwand und der Natursteinbelag in den Fluren werde durch Kratzer in Mitleidenschaft gezogen.

Bei den Vorschlägen 2 und 3 wären die Flächen unproblematisch nutzbar, ohne Nachteile für den Unterhalt und die Pflege.

Herr Kerfers findet es schade, wenn im Themenhof „Stein“ das bisherige Prinzip der losen Materialien der Themenhöfe durch einen Belag, egal, ob durch ein Natursteinpflaster oder Betonpflaster, durchbrochen würde. Die beiden Pflasterlösungen haben aber den Vorteil, dass der Themenhof seitens der Schüler deutlich mehr angenommen werden könnte, als mit der bisherigen Lösung.

Der Vorsitzende bittet Herrn Dr. Bendl um seine Meinung.

Schulleiter Dr. Bendl merkt an, das Gymnasium begrüße die Gliederung der Themenhöfe. Die Themenhöfe „Holz“, „Wasser“ und „Pflanzen“ werden von den Schülern gut angenommen. Niemand habe jedoch im Themenhof „Stein“ auf dem Rollkies gehen wollen. Es haben sich nur die Raucher dort aufgehalten. Seit dem Rauchverbot an der Schule sei der Themenhof leer. Seitdem werde überlegt, wie der Themenhof alternativ gestaltet werden könnte. Es sei wichtig, dass sich die Schüler in den Pausen verteilen können. Die Aula sei zwar groß, könne aber nicht alle



Schüler aufnehmen. Es sei deshalb zunehmend wichtig, auch im Innenhof entsprechende Möglichkeiten zu schaffen.

Herr Kerfers habe angemerkt, dass die Sand- oder Splittlösung Nachteile habe und ein höherer Pflegeaufwand für die Reinigung der Schulgänge damit verbunden wäre. Auch er befürchtet, dass der Schiefer verkratzt oder stark in Mitleidenschaft gezogen werde. Die Schule denke nicht an die Verlegung mit Platten oder Naturstein. Diese Variante wäre mit hohen Kosten verbunden. Das Geld könnte an anderer Stelle besser gebraucht werden. Die Schule sei an einer kostengünstigen Lösung interessiert, die gleichzeitig den Bedürfnissen der Schüler entgegen komme.

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Ein Vorschlag wäre, einen gepflasterten Ring um den Hof zu legen und eventuell Rasen anzusäen. Der Charakter des Steinhofs würde durch die Insel gewahrt bleiben und gleichzeitig kostengünstig sein. Es könnten kleine Sitzgruppen aufgestellt werden. Schulleiter Dr. Bendl stellt fest, die Schüler spielen in der Pause nicht Schach. Die Schüler wollen sich in kleinen Gruppen zusammenfinden. Seiner Meinung würde gegen Rasen im Themenhof nichts sprechen. Mit der Lösung könnten die Schüler lange Zeit zufrieden sein.

Der Vorsitzende stellt fest, Dr. Bendl tendiere dazu, außen herum einen Weg zu pflastern und die Fläche innen mit Rasen anzusäen.

Schulleiter Dr. Bendl antwortet, derzeit führe ein Holzband als Steg durch den Themenhof. Es sei also jetzt schon der Themenhof „Stein“ kein richtiger Steinhof. Er denke, eine Grünfläche dazwischen würde dem Charakter des Steinhofes nicht widersprechen. Es wäre der Wunsch der Schule, dass der „Steinhof“ besser angenommen würde.

Die **Stellv. Schulleiterin, Frau Hafner**, merkt an, der erste Abiturientenjahrgang an der Schule denke daran, wie auch in anderen Schulen, sich „zu verewigen“. Sie könnte sich vorstellen, dass die Abi-Schüler mit dem Büro Kerfers zusammen Ideen entwickeln, den Themenhof zu gestalten.

Schulleiter Dr. Bendl denkt, dass dann der Themenhof auch besser angenommen würde.

Herr Kerfers befürchtet, dass eine Rasenbepflanzung nicht ganz so einfach sei. Die Fläche sei links und rechts von den Überbauungen begrenzt und in dem Teil werde es deutlich weniger Niederschlag geben. Rasen brauche viel Wasser. Es werde an der Stelle schwierig sein, den Rasen hoch zu bringen. Die Erfahrung zeige, dass ein stark beanspruchter Rasen vom Aufbau her mindestens so gut beschaffen sein müsse wie ein Sportplatzrasen. Der Rasen müsse den starken Benutzerdruck dauerhaft aushalten. Nur so sei die Chance, dass die Rasenfläche dauerhaft Rasenfläche bleibe. Weiter möchte er feststellen, dass die Rasenfläche auch einer intensiven Pflege bedürfe und gemäht, gedüngt und im Sommer auch gewässert werden müsse. Das Ganze sei realisierbar, aber nicht einfach.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende fragt, ob sich Herr Kerfers vorstellen könnte, die Grünfläche mit Sitzgruppen zu gliedern, verschlungene, gepflasterte Wege anzulegen, um zu verhindern, dass die Rasenfläche betreten werde. Eine Alternative wären auch Bodendecker.

Herr Kerfers meint, es wäre vorstellbar, Wege anzulegen. Auch ein Pflaster an den Rändern wäre denkbar. Er würde aber deutlich abraten, an den Wegen entlang oder auch innerhalb der Grünflächen Sitzmöglichkeiten zu schaffen. Er könnte sich vorstellen, dass die Sitzmöglichkeiten im Kern durchaus angenommen werden und Sinn machen, jedoch in der Fläche finde er das nicht passend.

Frau Hafner gibt zu bedenken, dass Schüler der 5. bis 12. Klasse im Gymnasium seien. Die Schüler der 5. Klasse halten sich im Pausenhof auf. Es wäre ein Anliegen, einen ruhigeren Bereich für die Oberstufenschüler zu schaffen. Die Schüler sollten die Möglichkeit haben, sich hinsetzen zu können.

Kreisrat Hofstetter merkt an, nachdem der Themenhof zum zweiten Mal überplant werde und die Schule sich mit einbinden möchte, sollte die Chance genutzt werden. Die Schulleitung sollte in Zusammenarbeit mit dem Planungsbüro Lex-Kerfers einen Vorschlag erarbeiten.

Kreisrat Utz findet den Vorschlag der Schule positiv. Er denkt, es sollte überlegt werden, ob die Findlinge nicht als Sitzflächen genutzt werden können. Die Pflegemaßnahmen sollten in etwa quantifiziert werden. Dazu sei ein neuer Kostenvoranschlag notwendig.

Kreisrat Ways stellt fest, der Vorschlag der Schule, ein Konzept mit zu erarbeiten, sei gut. Das Ganze sollte aber nicht zu kompliziert mit Rasen gemacht werden. Es könnte auch ein Magerrasen oder Schotterrasen sein.

Kreisrat Steinberger stellt fest, der Landschaftsplaner achte natürlich auf die Wirkung des Ganzen. Die Wirkung sei aber nicht wichtig, wenn die Schüler das nicht nutzen. Die Gestaltung sollte ganz einfach sein. Für diese Fläche 60.000 € oder 70.000 € auszugeben, dafür habe keiner Verständnis.

Kreisrat Rübensaal stimmt der Aussage von Kreisrat Steinberger zu. Die Diskussion sollte darauf beschränkt werden, einen Kostenrahmen festzusetzen, in dem dann die Schule einen Wettbewerb durchführen solle.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Schüler die Gestaltung nicht alleine machen können. Insgesamt sollte die Fläche schon von Seiten des Landkreises mit gestaltet und die Ideen der Schüler eingebunden werden. Es sollte eine relativ preisgünstige Lösung mit Rückzugsmöglichkeiten für die älteren Schüler gefunden werden. Der Bodenbelag sollte deshalb nicht mit einer wassergebundenen Kiesdecke gemacht werden und auch nicht mit Splitt oder Sand wegen des zusätzlichen Reinigungsaufwandes.

Er fragt, ob es denkbar wäre, ein paar Wege zu ziehen mit Bodendecker oder Rasen dazwischen.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Herr Kerfers sagt, Rasen wäre Bodendeckern vorzuziehen und für die Nutzung besser.

Der Vorsitzende fragt, wie der Randbereich gestaltet werden solle, ob eine Einfassung mit Pflaster oder Schotterrassen.

Herr Kerfers befürchtet, dass an den Rändern der Rasen nicht so gut wachsen werde. Er schlägt vor, Pflaster entlang zu legen. Gestalterisch wäre das problemlos möglich.

Der Vorsitzende fragt nach den ungefähren Kosten.

Herr Kerfers schätzt die Kosten mit Sitzgelegenheiten zwischen 12.000 € und 33.000 €. Es sollte ein Rahmen von 25.000 € bis 30.000 € festgelegt werden.

Der Vorsitzende fragt Herrn Graßl, welche Summe im Haushaltsentwurf eingeplant sei.

Herr Graßl antwortet, im Haushaltsentwurf seien 11.000 € eingeplant.

Kreisrat Wiesmaier merkt an, der Ansatz mit 25.000 € bis 30.000 € sei völlig überhöht. Er schlägt vor, 15.000 € einzuplanen. Mit dieser Summe müsste eine Umgestaltung möglich sein. Er verweist auf die schwierige Haushaltslage und die Belastung der Gemeinden bei der Kreisumlage. Er werde einem Kostenrahmen von ca. 30.000 € nicht zustimmen.

Kreisrat Hofstetter schließt sich der Meinung von Kreisrat Wiesmaier an. Er denkt, dass mit den Sitzgelegenheiten ca. 20.000 € erforderlich sein werden.

Kreisrat Kuhn stellt fest, bisher sei immer nur über die Kosten geredet worden. Das Ganze habe auch mit Ästhetik zu tun. Er denkt, Dr. Bendl habe sich nicht getraut, Wünsche zu äußern. Zudem wünsche sich der Schulleiter dann das eingesparte Geld für etwas anderes. Er denkt, optisch wäre Naturschein, der sehr teuer sei, am schönsten. Es sollte ein Kompromiss gefunden werden. Wenn der Themenhof vernünftig neu gestaltet würde, könnte er für Generationen halten. Seiner Meinung nach werde Rasen dort problematisch sein und er sei auch wegen des Pflegeaufwandes nicht zu empfehlen. Weiter meint Kreisrat Kuhn, Sitzflächen seien nicht notwendig, die Schüler sollten in der kurzen Pause nicht wieder sitzen. Einige Sitzmöglichkeiten seien bereits vorhanden. Er plädiert dafür, die geplanten Wege mit Naturstein zu verlegen und den Rest mit Rasen anzulegen.

Der Vorsitzende stellt zur Anmerkung von Kreisrat Kuhn fest, dass die Schulleitung anwesend sei und sich entsprechend äußern könne. Zu den Sitzmöglichkeiten merkt er an, er sei schon mehrfach darauf angesprochen worden, dass Sitzmöglichkeiten fehlen und gewünscht werden.

Schulleiter Dr. Bendl merkt an, Sitzmöglichkeiten seien in der Aula für ein paar hundert Kinder vorhanden. Inzwischen werden die Klassenzimmer in den Pausen nicht mehr zugesperrt, so dass sich die



Schüler auch dort aufhalten können. Wenn zusätzliche Möglichkeiten geschaffen werden könnten, wäre das gut.

Der Vorsitzende fasst zusammen, es sollen die befestigten Flächen mit Pflaster, je nach Budget ausgelegt und der Rest mit Rasen angesät werden. Das Intensivfeld bleibe momentan außen vor.

Kreisrat Hofstetter findet den Vorschlag mit 15.000 € gut. Insgesamt seien 146.000 € für das Neue Gymnasium im Haushaltsentwurf eingeplant. Sollte die Umgestaltung etwas teurer werden, wäre ein Ausgleich in dem Bereich sicher möglich.

Büro des Landrats
BL

Herr Kerfers merkt an, nach einer groben Schätzung wären in dem Betrag von 15.000 € kleine Sitzmöglichkeiten mit dabei und es wäre auch kein Rollrasen. Rollrasen sei nicht unbedingt ein Luxus. Er möchte darauf hinweisen, wenn die Fläche in den Pfingstferien angesät würde, bräuchte der angesäte Rasen ca. vier Monate bis er benutzbar sei.

Kreisrat Wiesmaier denkt, es sei auch ein schulisches Erlebnis, wenn die Schüler sehen, wie der Rasen wachse. Er denkt, das Ganze sollte schon in einem bestimmten Kostenrahmen gesehen werden. Die Sitzgelegenheiten könnten immer noch gesondert ermöglicht werden.

Der Vorsitzende denkt, dass auch der Förderverein dazu beitragen werde.

Kreisrat Rübensaal fragt, was mit den dort befindlichen Findlingen gemacht werden soll.

Der Vorsitzende sagt, die Findlinge sollen bleiben, wo sie sind. Es werden für die Umgestaltung 15.000 € eingeplant. Die Schulleitung habe auch dargestellt, dass sich bezüglich der Sitzgelegenheiten der Förderverein beteiligen werde.

Schulleiter Dr. Bendl fragt nach dem zeitlichen Rahmen für die Schülerbeteiligung.

Herr Kerfers schlägt als Termin Mitte Februar vor.

Kreisrat Kuhn denkt, die Schüler identifizieren sich mehr mit dem, wenn sie etwas selber machen. Er schlägt deshalb vor, auch Klassen mit einzubeziehen, die nicht in kurzer Zeit die Schule beenden.

Kreisrat Rübensaal denkt, der Beschluss sollte genau konkretisiert werden, für die Gestaltungsmaßnahmen 15.000 € und für die Sitzgelegenheiten z.B. 2.000 €.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Sitzgelegenheiten nicht im Detail zu nennen, sondern diese mit dem Förderverein abzustimmen oder andere Möglichkeiten zu finden.

Er schlägt folgende Formulierung vor:

BauEn/0007-14

Der Themenhof „Stein“ soll zum Gesamtpreis von 15.000 € umgestaltet werden mit Wegeflächen in Pflasterbelag und einer Rasenfläche, einschließlich der Findlinge, die auf der Fläche bleiben sollen.



LANDKREIS
ERDING

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**

Der Vorsitzende bittet Herrn Kerfers, die Vorschläge in Abstimmung mit der Schulleitung und die Ausschreibung vorzubereiten.

Büro des Landrats
BL

2. Haushaltsberatung 2009
Bauunterhalt und Hochbaumaßnahmen
Vorlage: 2008/0425

Der Vorsitzende verweist auf die versandte Vorlage und auf die ausgeteilten Tischvorlagen. Aus der Tischvorlage 1 seien in der ersten Spalte die Anforderungen bei den einzelnen Gebäuden, das Ergebnis der Besprechung mit den Fraktionsvorsitzenden und eine nochmalige Überarbeitung der Kämmerei ersichtlich. Aus der Tischvorlage 2 seien die eingearbeiteten Änderungen aufgrund der Besprechungen mit den Fraktionsvorsitzenden eingetragen und der Finanzierungsvorschlag. Der Vorsitzende erklärt, er biete den Fraktionsvorsitzenden jährlich an, den Haushaltsentwurf vorab zu beraten. Im gesamten Bereich seien 2.533.650 € vorgesehen. Dabei müssen noch einige Maßnahmen beraten werden. Im Haushalt würden 1.886.650 € eingeplant. Als Haushalts- und Kassenausgabereste können 647.000 € verwendet werden.

Im vergangenen Jahr waren für den gesamten Bauunterhalt im Haushalt ca. 800.000 € eingeplant und ca. 647.000 € Haushaltsausgabereste aus dem Jahr 2008. Dabei handle es sich um Maßnahmen, die nicht abgewickelt werden konnten.

Der Vorsitzende fragt, ob gewünscht werde, die einzelnen Maßnahmen zu diskutieren. Er schlägt vor, die Maßnahmen darzustellen, die noch ergänzt werden sollen. Anschließend können Fragen beantwortet werden.

Herr Graßl merkt an, 2009 sei mit einer Summe von 2.533.650 € eine verhältnismäßig hohe Summe im Haushalt eingeplant worden. Die Summe setze sich zusammen aus ca. 2 Mio € für den Bauunterhalt und ca. 500.000 € für die Brandschutzsanierung am Gymnasium Dorfen. Insgesamt werden dafür ca. 2 Mio € notwendig werden. Aufgrund der personellen Situation sei für diese Maßnahme ein Elektroplaner und ein Architekt beauftragt worden. Von den 2 Mio € für den Bauunterhalt werden 150.000 € für Planungskosten verwendet werden, damit größere Maßnahmen von Planern ausgeschrieben werden können. Das Sachgebiet 14 könne nur eine Größenordnung von 1 Mio € bis 1,2 Mio € schaffen. Die Maßnahmen müssen jedoch aus Sicherheits- und Brandschutzgründen und zum Erhalt der Bausubstanz durchgeführt werden.

In den letzten Tagen haben sich noch einige Änderungen ergeben. Die überarbeitete Zusammenfassung sei verteilt worden. Schulleiter Höhne von der Realschule Taufkirchen habe mitgeteilt, dass der mobile Hallenbodenschutzbelag (10.000 €) nicht unbedingt 2009 beschafft werden müsse. Beim Gymnasium Dorfen müsste der



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Hallenbodenschutzbelag (11.000 €) jedoch für die Einfachturnhalle erneuert werden. Das Gymnasium Dorfen benötige den Hallenbodenschutzbelag dringend, weil in der Turnhalle verschiedene Veranstaltungen (Abi-Prüfungen, Theaterveranstaltungen, Tag der offenen Tür, etc.) abgehalten werden.

Weiter seien für den Umbau des Hausmeisterhauses am Gymnasium Dorfen 20.000 € einzuplanen. Die veranschlagte Summe müsse von 10.000 € auf 20.000 € erhöht werden. Der Hausmeister ziehe im nächsten Jahr aus. Das Gebäude müsse dann für die Schule nutzbar gemacht werden. Schulleiter Motschmann habe mitgeteilt, welche Maßnahmen notwendig werden. Weiter habe Schulleiter Motschmann gebeten, die Bühnenlichtanlage, die zunächst gestrichen worden sei, unbedingt einzuplanen.

Der Vorsitzende merkt an, diese Summe müsste zusätzlich im Haushaltsentwurf eingeplant werden. Hinzu kommen die zusätzlichen 4.000 € für die Umgestaltung des Themenhofes „Stein“.

Kreisrat Wiesmaier fragt, wie lange die Bühne am Gymnasium Dorfen bereits in Betrieb sei.

Der Vorsitzende antwortet, die Bühne werde in der Aula immer wieder auf- und abgebaut. In der Zwischenzeit werde sie aufgrund der Schülerzahlen deutlich mehr genutzt.

Kreisrat Hofstetter denkt, für eine Schule mit ca. 1.300 Schülern sei eine Bühnenlichtanlage schon erforderlich.

Der Vorsitzende sagt, er würde eher dazu tendieren, den Hallenschutzbelag zurückzustellen.

Herr Graßl merkt an, der Hallenschutzbelag sei in Bahnen auszulegen. Er stehe an den Rändern aufgrund seines Alters auf und stelle eine Stolpergefahr dar.

Kreisrat Wiesmaier denkt, die Bühnenbeleuchtung sei schon notwendig. Nachdem die Fraktionsvorsitzenden den Ansatz im Bauunterhalt von ca. 4,7 Mio € auf 2,3 Mio € reduziert haben, sollte die Bühnenbeleuchtung schon erneuert werden.

Kreisrat Kuhn merkt an, er habe grundsätzlich Bedenken zum Verfahren. Der Haushalt werde in der Regel nach der Landkreisordnung vom Kreistag beschlossen und von den Fachausschüssen vorberaten. Es habe sich in den letzten Jahren so abgespielt, dass die Fraktionsvorsitzenden im Prinzip im Voraus Dinge vorschlagen, die gestrichen werden sollen. Er wünsche sich für nächstes Jahr erst eine Beratung in den Fachausschüssen und dann eine Beratung der Fraktionsvorsitzenden. Weder in der Gemeindeordnung noch in der Landkreisordnung gebe es die Institution „Fraktionssprechersitzungen“.

Der Vorsitzende merkt an, es sei ein Entgegenkommen von ihm, die Fraktionsvorsitzenden, den Vorsitzenden des Bayer. Gemeindetags und



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

die stellvertretenden Landräte vorab einzuladen. Er sei der Meinung, es stehe dem Hause gut an, vorweg mit den Personen, die federführend in entsprechenden Spitzenpositionen seien, den Verwaltungsentwurf vorzubereiten. Auch eine andere Vorgehensweise sei denkbar. Es könne im Ausschuss jede Maßnahme im Detail diskutiert werden.

Kreisrat Wiesmaier spricht sich für die vom Vorsitzenden gewählte Vorgehensweise aus, weil es im Grundsatz in eine politische Richtung gehe, inwieweit das Ganze finanzierbar sei. Es gebe Gemeinden, die bei einem geplanten Vollzug vielleicht 650.000 € oder noch mehr an Kreisumlage zahlen müssten. Deshalb sei Vorsicht beim Haushalt des Landkreises geboten. Es sei den Ausschussmitgliedern heute nicht verwehrt, darüber zu diskutieren. Er denke, es wäre sehr verantwortungsbewusst, die Vorberatungen mit den Fraktionsvorsitzenden durchzuführen und eine Empfehlung an die Fachgremien zu geben. Er sei angetan von der Fachlichkeit der Mitarbeiter des Landratsamtes und würde es nicht gut finden, wenn doppelt und dreifach das Ganze beraten würde. Sollten bestimmte Dinge auffallen, können diese im Ausschuss diskutiert werden.

Der Vorsitzende betont, von den Fraktionsvorsitzenden sei immer auch betont worden, dass sie nicht stellvertretend entscheiden können und wollen. Das sei auch laut Landkreisordnung nicht möglich.

Der Vorsitzende gibt folgende Eckdaten zum Haushaltsentwurf 2009 bekannt:

Das Haushaltsvolumen im Verwaltungshaushalt (Entwurf) betrage 98.770.000 € und im Vermögenshaushalt 13.568.000 €. Es gebe eine vorläufige Steigerung in der Umlagekraft von 11,3 %. Dabei ergebe sich eine Defizitfinanzierung von 5.816.000 €. Die Zuführung zum Vermögenshaushalt ohne Kreditaufnahme würde eine Kreisumlage von 49,2 %-Punkten bedeuten. Abzüglich der Rücklagenentnahme von 690.000 €, die den Gemeinden zugute kommen sollte, würde sich eine Kreisumlage von 48,56 %-Punkten ergeben. Das bedeutet, dass die Schlüsselzuweisungen wie im letzten Jahr mit 1.378.492 € gegenüber dem Haushaltsansatz gleich bleiben und die Höhe der Bezirksumlage und die Zuweisungen bei

Hartz IV bleiben. Der Landkreis habe Personalmehrkosten in Höhe von 1.415.730 €, bedingt durch eine 2,8 %ige Erhöhung und einer Einmalzahlung, der Steigerung durch die ILS (Integrierte Leitstelle) mit 218.350 €, eine Steigerung im Rettungszweckverband mit 60.100 € und bei der Abfallbeseitigung mit 34.060 €. Es verbleiben Mehrkosten mit 1.103.220 €, die aus dem Landkreishaushalt finanziert werden müssen. Weiter gebe es eine Steigerung im Bereich der Jugendhilfe mit 1.386.990 € (Derzeit werden im Bereich Jugendhilfe 9,291 Mio € ohne Personalkosten und 11,8 Mio € mit Personalkosten ausgegeben.) Bei der Grundsicherung ergeben sich Mehrkosten von 22.000 €, bei Hartz IV, SGB II, ergebe sich ein Mehrbedarf von 39.030 €. Tatsächlich sei bei Hartz IV eine Reduzierung des Zuschussbedarfs von 178.970 € entstanden. Nachdem aber 2008 die Einnahmen zu hoch veranschlagt worden sind, ergebe sich eine Steigerung des Zuschussbedarfes um 39.030 €. Bei der Schülerbeförderung ergeben sich Mehrkosten von



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

481.000 €, weil zusätzlich aufgrund der Umstellung auf Wertmarken drei Monate mehr (400.000 €) bezahlt werden müssen. Beim ÖPNV ergebe sich eine Steigerung von 219.310 € wegen der Ausweitung des Angebots im Landkreis und durch die hohen Treibstoffpreise. Die Zuschüsse werden nach momentaner Information voraussichtlich weniger werden, weil verschiedene Tarifstrukturänderungen noch greifen. Im Bauunterhalt ergeben sich Mehrkosten von 1.069.450 €. Diese Daten seien derzeit bekannt. In den nächsten Wochen werden zusätzliche Informationen erwartet, um die Zahlen im Detail ändern zu können.

Kreisrat Haindl befürwortet die Anschaffung der Bühnenlichtanlage beim Gymnasium Dorfen. Er denkt, es sollten bei der anstehenden Elektrosanierung die notwendigen Leitungen dafür vorgesehen werden.

Zu Seite 19, Anne-Frank-Gymnasium, „Dachdecker- und Spenglerarbeiten“ möchte er wissen, was unter „Kosten für den Schallschutz – 15.000 €“ gemeint sei.

Herr Graßl antwortet, das Flachdach der Turnhalle sei noch dicht. Die Schule möchte eine Dämmung aufbringen, damit es in der Turnhalle wärmer werde. Dafür seien die 40.000 € eingeplant worden. Im Laufe der Vorgespräche habe sich herausgestellt, dass die Schule für die Turnhalle auch noch einen Schallschutz haben möchte, der in den 40.000 € nicht enthalten sei. Herr Graßl erklärt, vor 2 bis 3 Jahren habe die abgehängte Decke entfernt werden müssen, weil die Decke genagelt und so nicht mehr zulässig war. Die Akustik habe sich dadurch verschlechtert. Deswegen seien 15.000 € veranschlagt worden. Es sollen an der Stahlbetondecke für den Schallschutz Elemente angebracht werden.

Kreisrat Kuhn stellt fest, dass für alle Gebäude Energieausweise erstellt werden müssen. Seines Wissens werden Verbrauchsausweise erstellt, bei denen der Wasser- und Energieverbrauch der letzten drei Jahre zugrunde gelegt werde. Er denkt, es wäre besser, Bedarfsausweise für die einzelnen Gebäude erstellen zu lassen, die zeigen, wo tatsächlich eingespart werden könne. Der reine Verbrauchsausweis nütze wenig.

Der Vorsitzende merkt an, Herr Gerbl habe in der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie am 07.07.2008 darüber informiert, dass es wenig nütze, wenn bei neu erstellten Gebäuden, wie z.B. beim neuen Gymnasium und der FOS/BOS, der teurere Bedarfsenergieausweis erstellt werde. Bei den Gebäuden seien bereits bei der Planung und beim Bau der Niedrigenergiehausstandard berücksichtigt worden. Ein Bedarfsenergieausweis sei bei den Gebäuden sinnvoll, bei denen in den nächsten Jahren konkrete Maßnahmen anstehen. Jedoch gehe auch das zu wenig weit. Beide Energieausweisarten (Verbrauchsausweis und Bedarfsausweis) seien für eine Umsetzung zu wenig. Im Haushaltsentwurf 2009 sei das bereits berücksichtigt worden. Dafür sei es notwendig, bestimmte Daten zu liefern. Ein Verbrauchsausweis könne aus dem Internet für 50 € herunter geladen werden. Kreisrätin Stieglmeier habe darauf hingewiesen, weil das für den Landkreis wesentlich günstiger wäre.

Kreisrat Kuhn denkt, ein Energiemanagement hätte schon vor Jahren gemacht werden können. Es wäre wichtig, dass in einem kurzfristigen Zeitraum von einem Jahr ein Gesamtkonzept erstellt und dann umgesetzt werde.

Der Vorsitzende merkt an, die landkreiseigenen Gebäude seien energetisch zu untersuchen. Dabei sei festzustellen, welche Maßnahmen langfristig notwendig seien, um die Gebäude auf den neuesten Stand zu bringen, welche Maßnahmen von höchster Dringlichkeit seien und welche Mittel im Haushalt eingeplant werden müssen. Es solle ein Energiemanagement explizit an den landkreiseigenen Gebäuden erarbeitet werden. Dazu seien im Haushaltsentwurf 2009 40.000 € eingeplant. Der Landkreis hof-



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL



fe, auch noch eine Förderung der LfU mit 40.000 € zu bekommen. Möglicherweise werden dafür vielleicht dreimal 80.000 € erforderlich werden. Es könnte natürlich auch der teurere Bedarfsausweis gemacht werden. Der Vorsitzende stellt fest, dieser Energieausweis sei ein „Abfallprodukt“ des geplanten Energiemanagements.

Kreisrat Kuhn merkt an, beim Bedarfsausweis werde die Bausubstanz, die Heizungsanlage, etc. untersucht und wie entsprechend eine Modernisierung vorgenommen werden könnte, usw. Es würden Daten vorliegen.

Der Vorsitzende sagt, der Bedarfsausweis setze bei der Bestandsaufnahme an und weiter nichts. Das reiche nicht. Es sollte in der Umsetzung zu sehen sein, was erforderlich, was am dringendsten sei und was den meisten Effekt bringe. Der Zeitraum für die Umsetzung könne dann frei gewählt werden.

Kreisrat Kuhn stellt fest, es werden also keine Verbrauchsausweise erstellt werden. Er denkt, weil es gesetzliche Vorgabe sei, sollten Bedarfsausweise erstellt werden. Dann würden Daten vorliegen, die für das Energiemanagement verwertet werden könnten.

Der Vorsitzende stellt nochmals fest, der Bedarfsausweis sei bei neuen Gebäuden nicht erforderlich. Er spricht sich pauschal für das Energiemanagement aus, das weitergehender und wesentlich weit reichender und wesentlich effektiver sei.

Kreisrat Kuhn fragt weiter zu Seite 14, es seien „Dachdecker- und Spenglerarbeiten“ mit 65.000 € gestrichen worden.

Herr Graßl antwortet, das Dach sei noch dicht. Eine Dacherneuerung wäre wegen der Dämmung sinnvoll, kann aber noch geschoben werden.

Kreisrat Kuhn fragt weiter zu Seite 14 „Sportplätze“ – Sprunganlage, Sandaustausch“, warum 165.000 € eingeplant waren und der Ansatz bis auf 25.000 € gestrichen worden sei.

Herr Graßl merkt an, es sei unter Zeitdruck eine max. Summe eingestellt worden. Es sei bei einer Begehung mit dem GUV festgestellt worden, dass die drei Sportanlagen (Gymnasium, Realschule und Sonderpädagogisches Förderzentrum) noch nicht gesamt saniert werden müssen. In zwei Jahren werde erneut eine Begehung durchgeführt. Die 25.000 € seien für die Sanierung der Tartanbahn an der Herzog-Tassilo-Realschule und für Ausbesserungen veranschlagt.

Kreisrat Kuhn fragt zu Seite 15, Realschule Taufkirchen, „Trockenbauarbeiten“, warum der Ansatz von 6.000 € gestrichen worden sei.

Herr Graßl merkt an, die Maßnahme werde schon seit einigen Jahren immer wieder geschoben. Die Heizungsleitungen seien teilweise isoliert und teilweise nicht.



Kreisrat Kuhn fragt weiter zu Seite 15, „Bodenbelagsarbeiten“, warum der Ansatz von 8.500 € auf 4.500 € gekürzt worden sei.

Herr Graßl antwortet, es sei geplant, den Bodenbelag im nächsten Jahr nur in zwei Klassenzimmer zu erneuern.

Kreisrat Kuhn fragt zu Seite 24, Gymnasium an der Sigwolfstraße, „Fahrradständer“, ob weniger Fahrradständer angeschafft werden, weil der Ansatz von 3.500 € auf 1.500 € gekürzt worden sei.

Herr Graßl antwortet, der Wunsch der Schule waren 200 zusätzliche Fahrradständer. An den vorgesehenen Stellen (Vorplatz) passen jedoch nur 80 Fahrradständer hin.

Kreisrat Kuhn fragt, welche Fahrradständer ausgewählt worden sind.

Herr Graßl sagt, es werde die Art Fahrradständer genommen, die bereits aufgestellt seien.

Kreisrat Kuhn merkt weiter auf Seite 25 „Bühnentechnik, Verdunklungsvorhänge, Zwischenwand“ an, es sei keine Anforderung eingetragen und trotzdem werden im Haushalt Mittel veranschlagt.

Herr Graßl antwortet, es müssen noch Angebote eingeholt werden. Deshalb seien vorsichtshalber Haushaltsansätze gebildet worden.

Kreisrat Kuhn fragt zu Seite 27, Gymnasium Dorfen, „Wärmedämmung“, warum 1.000 € angefordert und im Haushalt keine Mittel eingeplant worden sind.

Herr Graßl berichtet, es sei nicht sinnvoll, hinter jedem Heizkörper eine Isolierung anzubringen. Bei den wesentlichen Heizkörpern sei eine Isolierung bereits erfolgt.

Kreisrat Kuhn verweist auf Seite 30, Gymnasium Dorfen, „Bänke im Außenbereich“, es sei der Ansatz von 9.000 € gestrichen worden.

Herr Graßl sagt, im Außenbereich seien schon einige Bänke aufgestellt. Die Anschaffung weiterer Bänke könne geschoben werden.

Kreisrat Kuhn fragt, ob das mit der Schulleitung abgesprochen worden sei. Das verneint **Herr Graßl**.

Kreisrat Kuhn stellt auf Seite 32, Berufsschule Erding, „Klimageräte für die Wäscherei im Gastronomiegebäude“ fest, dass der Ansatz gestrichen worden sei. Er denkt, es sollte geprüft werden, wie die Wärme woanders genutzt werden könnte.

Weiter fragt **Kreisrat Kuhn** zu Seite 35, Landwirtschaftliche Fachschule Hauswirtschaft, „Elektroarbeiten“, warum der Bewegungsmelder abgeklemmt werden solle.

Herr Gebel antwortet, der Bewegungsmelder hänge im Flur und sei nicht erforderlich.



Kreisrat Kuhn fragt zu Seite 42, Freilichtmuseum „Abriss des stark einsturzgefährdeten Lagerschuppens ...“, warum der Ansatz gestrichen worden sei.

Herr Graßl sagt, die Maßnahme könne ein Jahr geschoben werden.

Kreisrat Kuhn stellt fest, dass in den vorigen Wahlperioden es üblich gewesen sei, dass die Bauausschussmitglieder die wichtigsten Maßnahmen vor Ort besichtigt haben. Er habe damit eine gute Erfahrung gemacht, weil die Situation vor Ort besser beurteilt werden konnte. An den Schulen gelte die Regel, „wenn man 5.000 € möchte, müsse man 7.000 € beantragen.“ Er denkt, es werden viele Dinge beantragt. Die Ausschussmitglieder sollten sich ein Bild machen können, ob der Bedarf wirklich vorhanden sei. Er möchte eine Besichtigung für die nächste Zeit wieder anregen.

Der Vorsitzende merkt an, auch bei den Kreisstraßen sei eine Befahrung durchgeführt worden. In den letzten Jahren sei darauf verzichtet worden, weil die bekannten Maßnahmen erst abgearbeitet werden müssen.

Bei den Hochbaumaßnahmen könne die Anregung bei Bedarf wieder aufgenommen werden.

Kreisrat Ways merkt an, er findet die Vorgehensweise gut, dass die Fraktionsvorsitzenden vorab über den Haushaltsentwurf beraten.

Er möchte auf Seite 1, Landratsamt Erding, „Hauptwasserrohrleitungen“ wissen, warum der Ansatz von 55.000 € gestrichen worden sei. Die Wasserleitungen seien erst ca. 25 Jahre alt.

Herr Graßl sagt, sowohl im Landratsamt als auch in der Herzog-Tassilo-Realschule seien die Leitungen alt und müssen ausgetauscht werden. Es werden zuerst die Leitungen im Keller der Herzog-Tassilo-Realschule ausgetauscht, weil die Versicherung mitgeteilt habe, dass bei weiteren Schäden keine Zahlung mehr erfolge. Im folgenden Jahr werden dann die Leitungen im Landratsamt erneuert, die Situation sei nicht ganz so akut.

Kreisrat Ways fragt weiter zu Seite 1 „Sanierung der Bürobeleuchtung“, warum nur 3.000 € im Haushalt veranschlagt werden. Die Anforderung waren 210.000 €.

Der Vorsitzende antwortet, es sei mit den Fraktionsvorsitzenden besprochen worden, ein Musterbüro einzurichten. Dann sei zu überlegen, was darstellbar sei.

Kreisrat Ways fragt auf Seite 3 zu den Positionen, die den Sitzungssaal betreffen und gestrichen worden sind.

Herr Graßl antwortet, die Maßnahme „Sitzungssaal“ sei ganz zurückgestellt worden. Aufgrund einer Einbruchserie im Landratsamt habe die Polizei mitgeteilt, welche Maßnahmen erforderlich seien. Bevor einzelne Dinge im Sitzungssaal nach und nach realisiert werden, sei es



sinnvoll, ein Gesamtkonzept zu erstellen (es müsste auch der Boden erneuert, eine Sprechanlage installiert werden, etc.).

Der Vorsitzende ergänzt, auch bei der Medientechnik sei der Sitzungssaal nicht auf dem neuesten Stand. Es sei sinnvoll, ein Gesamtkonzept zu erarbeiten, das dann im Ausschuss für Bauen und Energie vorgestellt werde.

Kreisrat Rübensaal denkt, es müssten dafür Mittel für die Erstellung eines Konzeptes im Haushalt eingestellt werden.

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende verweist auf die HH-Stelle 6011, wo 150.000 € für Honorarleistungen eingeplant worden seien.

Kreisrat Ways verweist weiter auf Seite 26, Gymnasium Dorfen, „Brandschutzkonzept“. Der HH-Ansatz sei um die Hälfte reduziert worden und trotzdem relativ hoch. Er fragt, ob es möglich sei, den Ansatz zu reduzieren.

Der Vorsitzende merkt an, der Brandschutz sei ein Hauptausgabeposten. Beim Brandschutz sollte nicht eingespart werden, weil es womöglich um Menschenleben gehen könne. Er denkt, Herr Gribl von der Verwaltung habe vernünftige Vorschläge vorgelegt. Er weist darauf hin, bei den Gebäuden, die vor 30 Jahren gebaut worden sind, fehle es schon an der Installation, es seien keine Brandabschnitte gebildet worden, etc. Diese Gebäude müssen brandschutzmäßig auf den neuesten Stand gebracht werden.

Herr Graßl ergänzt, bei den anderen landkreiseigenen Gebäuden seien bereits einige Millionen Euro für den Brandschutz verbaut worden. Die Brandschutzsanierung beim Gymnasium Dorfen stehe noch an.

Kreisrat Ways fragt zum „Herderhaus“, warum der Ansatz für die Dachsanierung mit 53.000 € gestrichen worden sei.

Herr Graßl antwortet, das Dach werde nochmals ausgebessert und die gesamte Dachsanierung verschoben.

Kreisrat Ways möchte zu Seite 53 wissen, welches Lehrerwohnhaus gemeint sei.

Herr Graßl antwortet, die Ausgaben werden für Maßnahmen am vermieteten Lehrerwohnhaus an der Berufsschule in Erding benötigt.

Kreisrat Utz fragt zu Seite 23, neues Gymnasium, warum für die Umsetzung von Containern 70.000 € eingeplant worden sind. Er möchte wissen, ob die Container am neuen Gymnasium wirklich benötigt werden oder ob es andere Möglichkeiten der Unterbringung gebe.

Der Vorsitzende merkt an, am neuen Gymnasium seien bereits 15 Klassen FOS untergebracht. Dafür sei das Gymnasium nicht geplant gewesen. Die Unterbringung der FOS-Schüler sei notwendig, bis der Neubau FOS/BOS bezugsfertig sei. Der Vorsitzende bittet den anwesenden Schulleiter Biller um nähere Erläuterung.



Schulleiter Biller erklärt, die FOS/BOS habe laufend steigende Schülerzahlen. Auch in der Berufsschule seien alle Räume belegt. Die vier Container seien notwendig. Der Platzbedarf am Gymnasium sei immer noch ergänzungsbedürftig.

Der Vorsitzende ergänzt, der Ansatz mit 70.000 € sei nur für das Fundament und die Anschlüsse der Container. Die Container werden von Herzog-Tassilo-Realschule dorthin verlagert.

Herr Graßl merkt an, wenn die Container an einer Schule nicht mehr gebraucht werden, werden auf den Fundamenten Sitzflächen gemacht, so dass die Flächen jederzeit wieder reaktiviert werden könnten.

Kreisrat Rübensaal fragt nach dem weiteren Ablauf der Haushaltsberatungen.

Der Vorsitzende antwortet, es sei geplant, den Haushalt in der Sitzung des Kreistages am 22.12.2008 zu verabschieden.

Weitere Fragen ergeben sich nicht. Der Vorsitzende bringt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

BauEn/0008-14

Dem Kreisausschuss und Kreistag wird empfohlen, den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt 2009, das Investitionsprogramm und den Finanzplan für den Bereich der Hochbaumaßnahmen und des Bauunterhalts für die kreiseigenen Gebäude unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen zu verabschieden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**

3. Bekanntgaben und Anfragen

3.1 Photovoltaikanlagen - zur Anfrage von Kreisrat Kuhn

Der Vorsitzende merkt an, Kreisrat Kuhn habe in der Kreisausschusssitzung am 10.06.2008 bezüglich Photovoltaikanlagen mitgeteilt, dass bei der DBU noch Förderungen möglich wären. Mit Schreiben vom 21.10.2008 sei Kreisrat Kuhn gebeten worden, den Ansprechpartner bei der DBU zu nennen, denn nach Aussage von Dr. Grimm von der DBU gebe es keine spezielle Förderung für Photovoltaikanlagen, weil sich der Einbau über die Einspeisevergütung rechne.

Kreisrat Kuhn weist darauf hin, dass in dem an die Ausschussmitglieder verteilten Schreiben der DBU vom 27.08.2008 die Aussage, dass Photovoltaikanlagen nicht förderfähig seien, nicht enthalten sei. In den Richtlinien sei enthalten, dass nicht alle Photovoltaikanlagen, sondern nur z.B. bei Nutzung für die Schattenwirkung, etc. eine Förderung möglich sei.

Der Vorsitzende stellt fest, Kreisrat Kuhn habe folgende Aussage getroffen: "Kreisrat Kuhn habe sich daraufhin bei der DBU erkundigt und



ihm sei gesagt worden, dass die DBU den Bau von Photovoltaikanlagen unterstütze und auch erneut fördere. Hierzu habe es auch eine Anfrage vom Erdinger Umweltreferenten gegeben.“

Der Vorsitzende bittet Kreisrat Kuhn um Nennung des Ansprechpartners bei der DBU, damit die Verwaltung nachfragen könne. Dr. Grimm habe das nicht bestätigt.

Kreisrat Kuhn sagt, eine Anfrage habe es nicht gegeben. Er habe dies so aus den „Sonderanlagen“ interpretiert.

Der Vorsitzende merkt an, es sei beim Neubau FOS/BOS im Gespräch gewesen, eine Photovoltaikanlage in die Dachhaut einzubauen. Dies sei aber anders geplant worden, weil der Architekt festgestellt habe, dass eine Photovoltaikanlage in dem Fall unwirtschaftlich wäre.

Der Vorsitzende weist darauf hin, es sei damals explizit die Rede von Photovoltaikanlagen gewesen und bittet darum, festzuhalten, dass es diesbezüglich eine Anfrage von Kreisrat Kuhn bei der DBU und eine Auskunft von der DBU nicht gegeben habe.

Dem stimmt **Kreisrat Kuhn** so zu.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet **der Vorsitzende** die Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie um 18:30 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Elfriede Mayer
Verwaltungsangestellte

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL